Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9722**

17. Wahlperiode 22. 05. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/5228 –

Polarregionen schützen – Polarforschung stärken

A. Problem

Die Schwerpunkte der multidisziplinär und international angelegten Polarforschung liegen in der Erforschung der klimatischen, glazialen und marinen Verhältnisse. Sie liefert damit wichtige Erkenntnisse zum Schutz unserer Erde und stellt ein wichtiges Element der Forschung für Nachhaltigkeit dar. Der Wissenschaftsrat hat festgestellt, dass es momentan zu wenige geeignete Forschungsschiffe als Grundlage für eine regelmäßige und dauerhafte interdisziplinäre Forschung gibt. Das seit 1982 unter deutscher Flagge fahrende deutsche Forschungsschiff „Polarstern" ist eines der weltweit modernsten aktiven Forschungsschiffe. Es soll jedoch in naher Zukunft außer Dienst gestellt werden. Mit dem Bau des geplanten europäischen Forschungsschiffes „AURORA BOREALIS" ist vor dem Hintergrund von Finanzierungsschwierigkeiten auf internationaler Ebene zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu rechnen.

B. Lösung

Aufgrund der großen klimatischen und wissenschaftlichen Bedeutung der Polarregionen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, mit einem Bündel von Maßnahmen diese Regionen zu schützen und die Polarforschung zu stärken. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, für einen begrenzten Zeitraum zwei Eis brechende Forschungsschiffe zu betreiben, um an beiden Polen ganzjährig forschen zu können. Ab 2016 soll hierfür ein neues Eis brechendes Forschungsschiff verfügbar sein, und gleichzeitig sollte die Betriebszeit der „Polarstern" auf drei bis fünf Jahre verlängert werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/5228 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2011

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt Vorsitzende	**Ewa Klamt** Berichterstatterin	**René Röspel** Berichterstatter	**Dr. Martin Neumann (Lausitz)** Berichterstatter
	Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Krista Sager** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Ewa Klamt, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5228** in seiner 117. Sitzung am 30. Juni 2011 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der SPD erklärt, dass die multidisziplinäre und international angelegte Polarforschung ihren derzeitigen Schwerpunkt in der Erforschung der klimatischen, glazialen und marinen Verhältnisse habe. Sie liefere damit wichtige Erkenntnisse zum Schutz unserer Erde und stelle ein wichtiges Element der Forschung für Nachhaltigkeit dar. Die Stiftung Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung in der Helmholtz-Gemeinschaft (AWI) sei der zentrale Koordinator der deutschen Polarforschung. Der Wissenschaftsrat habe festgestellt, dass es momentan zu wenige Forschungsschiffe gebe, um eine regelmäßige und dauerhafte interdisziplinäre Forschung durchzuführen. Das deutsche Forschungsschiff „Polarstern“ – seit 1982 im Dienst – sei eines der weltweit modernsten aktiven Forschungsschiffe. Sie pendele zwischen Arktis und Antarktis und stehe somit nicht ausschließlich für die Arktisforschung zur Verfügung. Des Weiteren werde sie in naher Zukunft außer Dienst gestellt. Mit einem Bau des geplanten europäischen Forschungsschiffes „AURORA BOREALIS“ sei zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten auf internationaler Ebene nicht zu rechnen.

Der Wissenschaftsrat empfehle, für einen begrenzten Zeitraum zwei Eis brechende Forschungsschiffe zu betreiben, um an beiden Polen ganzjährig forschen zu können. Ab 2016 sollte hierfür ein Forschungsschiff verfügbar sein, und gleichzeitig sollte die Betriebszeit der „Polarstern“ auf drei bis fünf Jahre verlängert und nach Möglichkeit gemeinsam mit europäischen Partnern finanziert werden.

Um die Polarregion zu schützen und die Polarforschung zu stärken, solle die Bundesregierung darüber hinaus aufgefordert werden

– ein fokussierendes Polarforschungsprogramm sowohl in Deutschland als auch im Achten Forschungsrahmenprogramm der EU aufzunehmen;

– die Mittel für die Projektförderung der Polarforschung im Rahmen der Forschung für Nachhaltigkeit zu verstärken;

– die Forschungsinfrastrukturen zu sichern und die Stiftung Alfred-Wegener-Institut angemessen zu fördern;

– die Bevölkerung noch stärker für die Bedeutung der Polargebiete zu sensibilisieren;

– die internationalen Beziehungen und die Multidisziplinarität der Forschung stärker zu fördern;

– zur Nachwuchsgewinnung einen Polarforschungspreis für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu etablieren;

– internationale Vereinbarungen im Hinblick auf die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung in der Arktisregion zu treffen;

– sich für den ungehinderten Zugang von Forschungsschiffen durch eine eisfreie Nordostpassage wie auch Nordwestpassage einzusetzen;

– auf europäischer Ebene mit dafür Sorge zu tragen, dass bei der Planung einer gemeinsamen europäischen Polarforschungsinfrastruktur von vornherein ein realistisches Finanzierungskonzept sichergestellt werde;

– sich dafür einzusetzen, dass die Beteiligung an der Finanzierung des zweiten Forschungsschiffs auf europäischer Ebene sichergestellt werde;

– sich dafür einzusetzen, dass die Polarforschung und -infrastrukturen international so koordiniert würden, dass beide Polargebiete kontinuierlich beforscht werden könnten;

– die hohen Standards der deutschen Polarforschungsinfrastruktur sicherzustellen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5228 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/5228 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5228 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Vonseiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird ausgeführt, dass man in der wichtigen Rolle der Polarforschung bezüglich der weltweiten Klimasteuerung und der Schwerpunktlegung der Forschung in Bereichen der klimatischen, glazialen und maritimen Verhältnisse einig sei. Einige der Forderungen im Antrag würden bereits von der Bundesregierung umgesetzt. Auf nationaler Ebene werde die Polarforschung als Teil der Systemforschung im Rahmenprogramm der nachhaltigen Entwicklung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Sie weist auf das satellitengestützte Methodenprogramm zur Erfassung des Seeeises hin (AWI), die Untersuchung der Kohlenstoffspeicherung in Böden der eurasischen Arktis (Gottfried Wilhelm Leibnitz Universität Hannover und Institut für Bodenkunde) und die Untersuchung des Svalbard-Gletschers hin (TU Berlin). Alle drei Aktivitäten würden in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern durchgeführt und seien mit Europolar abgestimmt.

Die klimarelevante Meeres- und Polarforschung sei ein wesentlicher Bestandteil der Hightech-Strategie. In ihrem Rahmen seien die Mittel von 67,4 Mio. Euro auf 97,5 Mio. Euro aufgestockt worden.

Zur Freiheit der Forschung in der Polarregion verweist die Fraktion der CDU/CSU auf die Antarktiskonferenz des Auswärtigen Amts im März 2011. Das Auswärtige Amt erwarte eine Zunahme der Nationalisierung des Meeresbodens und damit womöglich Einschränkungen der Forschung. Deutschland habe lediglich einen Beobachterstatus, da es kein Arktis-Anrainerstaat sei.

Als Fazit erklärt die Fraktion der CDU/CSU, dass die Bundesregierung national wie international bereits gut in Forschungs- und Förderprojekten aufgestellt sei. Aus diesem Grunde werde der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt.

Vonseiten der **Fraktion der SPD** wird die Bedeutung der Polarforschung für die Ergründung von Klimaveränderungen betont. Die Notwendigkeit von Polarforschung müsse herausgestellt und die Öffentlichkeitsarbeit deutlich verbessert werden.

Im nationalen Bereich müsse die Projektforschung deutlich erhöht werden. Außerdem müssten jungen Studierenden und Wissenschaftlern Perspektiven geboten werden. Dies könne durch die Einrichtung oder Auslobung eines Polarforschungspreises erfolgen. Ihre Mobilität sollte durch eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit, auch mit Russland als größtem Anrainerstaat, verbessert werden.

Die Fraktion der SPD fordert, die polarspezifischen Forschungsinfrastrukturen durch internationale Zusammenarbeit zu optimieren. Daher solle auch eine stärkere Ausrichtung des Achten EU-Forschungsrahmenprogramms auf Polarforschung erfolgen.

Das europäische Projekt „AURORA BOREALIS“ ermögliche spannende Forschungsprojekte im Bereich der Meeres- und Polarforschung. Es sei eine sehr interessante politische Konstellation, wenn Deutschland als Nichtrechteinhaber in der Arktis mit den Staaten wie Dänemark, Russland und anderen ein gemeinsames Forschungsschiff auf den Weg brächten und damit auch den gemeinsamen Willen dokumentierten, nicht kommerzielle und nicht ausbeuterische Vorhaben auf den Weg zu bringen. Daher appelliere die Fraktion der SPD ausdrücklich an die Bundesregierung die „AURORA BOREALIS“ nicht aufzugeben, auch wenn die internationalen Voraussetzungen zurzeit nicht günstig seien.

Vonseiten der **Fraktion der FDP** wird erläutert, dass die Zielsetzung des Antrags, die Polarforschung stärken zu wollen, verdienstvoll sei. Allerdings werde eine weitere Zersplitterung der bereits erfolgreich laufenden Förderprogramme nicht als zielführend erachtet. Die Unterstützung der Polarforschung solle innerhalb der vorhandenen Strukturen erfolgen.

Auf nationaler Ebene werde die Polarforschung im vorhandenen Rahmenprogramm „Fona“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Eine weitere Aufteilung in sogenannte Teilprogramme werde abgelehnt, da die Projektförderung bereits in die thematischen Rahmenprogramme eingegliedert seien.

Die deutsche Polarforschung sei dank der technisch und wissenschaftlich hervorragend ausgestatteten „Polarstern“ international sehr stark und leistungsfähig aufgestellt. Daher müsse die Frage nach einem wirklichen europäischen Gesamtkonzept beantwortet werden.

Im Antrag der Fraktion der SPD werde nur im Ansatz auf die notwendigen Synergieeffekte einer europäischen und internationalen Kooperation und Koordination eingegangen. Für die Fraktion der FDP liege aber hier das Potenzial für eine wirklich intensivere und verbesserte Polarforschung.

Die Bundesregierung habe im Vorfeld der Arktiskonferenz und durch weitere bilaterale Bemühungen bereits wichtige Schritte eingeleitet. Der Antrag hinke der aktuellen Politik hinterher. Aus diesen Gründen werde man ihn ablehnen.

Vonseiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird ausgeführt, dass sie die Analyse des Antrags zum Stand der Forschung, zu den Schwerpunkten und zu der Würdigung der Qualität der Polarforschung, die die Bundesrepublik Deutschland leiste, teile.

Der im Titel des Antrags genannte Wille, die Polarregion schützen zu wollen, komme aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. aber zu kurz. Die Arktis werde immer interessanter für Rohstofferschließung und die Verkürzung von Transportwegen. Dazu hätten jedoch klarere Positionen formuliert werden müssen.

Dem Antrag fehlten in Bezug auf die internationalen Beziehungen konkretere Ausführungen. Die Anrainerstaaten hätten auf der Arktiskonferenz deutlich gemacht, dass sie sich nicht in ihre Politik im Umgang mit dieser Region hineinreden lassen wollten. Jedoch habe Deutschland als Hochtechnologieland ein großes Interesse mitzureden. Die durch Eisschmelze in großem Stil zugänglich werdenden Rohstoffe und die Nutzung von neuen Transportwegen seien auch für Deutschland von größter Bedeutung. In diesem Punkt hätte der Antrag deutlicher werden müssen. Die Fraktion DIE LINKE. werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Vonseiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird noch einmal die Bedeutung der Polargebiete herausgestellt. Man könne sie als Klimafrühwarnsystem gar nicht überschätzen. Für die Forschung seien sie von größter Bedeutung.

Gleichzeitig sei aber auch zu beobachten, dass der Wettlauf um die endlichen Ressourcen unter dem ewigen Eis in vollem Gange sei. Die Anrainerstaaten schickten jährlich neue Expeditionen ins Polarmeer, um sich nach der Seerechts-

konvention das Recht über die 200-Meilen-Wirtschaftszone zu sichern. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sei es für diese sensible Region wichtig, Schutzmechanismen gegen eine zerstörerische Ressourcenausbeutung zu etablieren. Dem Schutz der Arktis sei eine hohe Priorität einzuräumen, und zwar vorrangig vor wirtschaftlichen Interessen. Zugleich müsse die deutsche Polarforschung als Erkenntnisfeld für den Schutz des Ökosystems und als Zeichen des deutschen Engagements für die Arktis gestärkt werden. Ein entsprechender Antrag sei von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits eingebracht worden. Man werde aber auch dem Polarforschungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen. Es sei dringend notwendig, den Neubau einer zeitgemäßen Variante der „Polarstern“ auf den Weg zu bringen.

Vonseiten der **Bundesregierung** wird erklärt, dass die Arktis in zweierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung sei. Sie sei die Klimaküche Europas, da sie unmittelbaren Einfluss auf die klimatischen Ereignisse in den Regionen habe. Sie werde auch immer zunehmender ein wirtschaftsrelevanter Raum. Der Umgang mit dem Themenbereich „Arktis“ werde daher nicht einfacher.

Zum Projekt „AURORA BOREALIS“ führt die Bundesregierung aus, dass dies mit Sicherheit ein interessantes Großschiffsprojekt sei, allerdings werde man sich über das nachdrückliche Votum des Wissenschaftsrates, der das Projekt nicht befürwortet habe, nicht hinwegsetzen.

Die Aktivitäten im Bereich der Polarforschung seien international ausgerichtet. Es mache daher wenig Sinn, einen nationalen Forschungspreis auszuloben, da es bereits internationale Preise wie den Arktikerpreis gebe.

Die Bundesregierung werde keine isolierte Polarforschung verfolgen, sondern sie in eine Erdsystemforschung integrieren. Im Achten EU-Forschungsrahmenprogramm sei die Polarforschung auch Teilgebiet eines umfassenderen Umweltprogramms.

Die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf die Polarregionen sei nicht immer einfach. Russische Behörden verzögerten z. B. den Zugang zu Polargebieten für Forschungsprojekte immer wieder so lange, bis ein Zugang zu diesen aufgrund nicht zustande kommender Schifffahrtspassagen nicht mehr möglich sei.

Berlin, den 30. November 2011

Ewa Klamt Berichterstatterin	**René Röspel** Berichterstatter	**Dr. Martin Neumann (Lausitz)** Berichterstatter
Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Krista Sager** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333